

## Antrag

---

1 Antragsteller: **Landesvorstand**

2

3 Thema: **9 Punkte für mehr Wachstum**

4

5

6 Die Landesvertreterversammlung möge beschließen:

7

8 Deutschland steht vor einer enormen Herausforderung. Nach zwei Jahren Rezession sind wir  
9 nicht mehr das wirtschaftliche „Zugpferd“ Europas, sondern eher der „kranke Mann“. Das  
10 entspricht nicht unseren Maßstäben und gefährdet unseren Wohlstand. So darf es nicht  
11 bleiben.

12

13 Unsere Unternehmen haben aber unverändert große Stärken: Innovationskraft,  
14 Risikobereitschaft, eine oftmals gute Kapitalausstattung, qualifizierte, motivierte Beschäftigte,  
15 um nur einige zu nennen. Das Potential kann aber aktuell nicht abgerufen werden. Die Gründe  
16 sind vielfältig und liegen etwa in den zahlreichen Markteingriffen des Staates oder der  
17 staatlichen Regulierungswut.

18

19 Wir brauchen eine andere Politik, damit unsere Unternehmen wieder „Tritt fassen“ können.  
20 Dass bedeutet an allererster Stelle eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftspolitik in  
21 Deutschland. Wir müssen uns wieder auf die ordnungspolitische Tradition der Sozialen  
22 Marktwirtschaft besinnen. Dazu gehört vor allem eine Verlässlichkeit staatlichen Handelns. Das  
23 ist nicht zuletzt deswegen von zentraler Bedeutung, weil mittlerweile die politische Unsicherheit  
24 Abwarten bei den Investoren und Unternehmen zur Folge hat. Das ist ein Haupthindernis für die  
25 Dynamisierung der Wirtschaft.

26

27 Wir fordern deshalb:

---

angenommen

abgelehnt

überwiesen

## Antrag

---

- 28 1. Die Körperschaftsteuer im Jahr 2025 um zwei Prozentpunkte zu reduzieren. Weitere Schritte  
29 sollten spätestens in 2027 und 2029 folgen, um die steuerliche Gesamtbelastung von  
30 Unternehmen auf maximal 25% zu senken. Um den deutschen Mittelstand zu entlasten,  
31 wollen wir die pauschale Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer auf das  
32 fünffache des Gewerbesteuerhebesatzes, maximal jedoch auf die tatsächliche  
33 Gewerbesteuer, anheben.  
34
- 35 2. Ein sofortiges Moratorium für nationale Bürokratiebelastungen: Das betrifft etwa das  
36 Tariftreuegesetz, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das Entgelttransparenzgesetz  
37 oder das Beschäftigtendatenschutzgesetz. Bei diesen Gesetzen schrecken schon die Namen  
38 ab. Sie dienen einem gut gemeinten Zweck, den sie aber oft nicht erreichen können. So  
39 lähmt z. B. bereits die Befürchtung, allein wegen unverschuldeten Fehlern in der  
40 Lieferkettendokumentation mit hohen finanziellen Forderungen überzogen zu werden. Dort,  
41 wo Bürokratie unerlässlich ist, bedarf es klarer und verständlicher Regelungen anstelle  
42 komplizierter Vorgaben.  
43  
44
- 45 3. Das Aussetzen aller nationalen Vergaberegulungen, die über die europarechtlichen  
46 Vorgaben hinausgehen.  
47
- 48 4. Den EU-Emissionshandel zum alleinigen Leitinstrument für den Klimaschutz zu machen. Alle  
49 anderen Vorgaben können entfallen. Dadurch wird die ausufernde Bürokratie in diesem  
50 Bereich massiv gestützt. Klimapolitisch motivierte Dauersubventionen wie im EEG werden im  
51 Gegenzug abgeschafft.  
52  
53

---

angenommen

abgelehnt

überwiesen

## Antrag

---

54 5. Die Spitzenforschung als Grundlage von Innovationen stabilisieren und stärker  
55 technologische Höchstleistungen ermöglichen. Dafür sollte die Forschung durch flexible und  
56 langfristige Finanzierungsinstrumente, ein technologieoffenes Forschungsfreiheitsgesetz und  
57 eine signifikante Erhöhung der Förderung um 1 Mrd. Euro einen Schub erhalten. Staatliche  
58 Mittel für Forschung sind gut investiertes Geld. Dafür müssen die Prioritäten richtig gesetzt  
59 werden.

60  
61 6. Technologieoffenheit als grundsätzlicher Regulierungsansatz. Egal ob im Bereich der  
62 Energiepolitik, der Mobilität, der Landwirtschaft, der Biotechnologie. Wir müssen stärker  
63 über die Ziele regulieren, weniger über kleinteilige Vorschriften einzelner Technologien, die  
64 oft Verboten gleichkommen.

65  
66  
67 Die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt ist anders strukturiert als in vielen westdeutschen  
68 Bundesländern. Seit der Wiedervereinigung ist der Transfer der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt  
69 auch mit Hilfe sehr umfangreicher Förderprogramme von Europäischer Union, Bund und  
70 Ländern gelungen. Auch heute werden Unternehmensansiedlungen mit Fördermitteln begleitet.  
71 Die ostdeutschen Liberalen sehen deshalb einen völligen Verzicht auf Wirtschaftssubventionen  
72 aktuell kritisch. Wir halten sie für notwendig, solange sie im Einklang mit den europäischen  
73 Vorgaben sind und bis die Aufholprozesse in Ostdeutschland abgeschlossen sind. Das Ziel des  
74 Fördermitteleinsatzes ist die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe.  
75 Das soll helfen, die Lohnlücke zu den westdeutschen Regionen zu schließen.

76  
77 Gerade die Erfahrungen der Wendezeit mit hoher Arbeitslosigkeit und vielen gebrochenen  
78 Erwerbsbiografien in fast jeder Familie haben den Blick der Ostdeutschen auf staatliche  
79 Sozialleistungen geschärft. Fairness innerhalb unserer Gesellschaft wird nicht nur gegenüber

---

angenommen

abgelehnt

überwiesen

## Antrag

---

80 den Hilfebedürftigen erwartet. Man erwartet und verlangt sie zu Recht auch gegenüber  
81 denjenigen, die die Steuergelder für die Sozialleitungen erwirtschaften. Die häufig geringen  
82 wirtschaftlichen Abstände zwischen Menschen im Sozialbezug und denen in Arbeit lassen  
83 aktuell pauschale Kritik an allen staatlichen Zahlungen laut werden. Diese werden bei  
84 gleichzeitigem Arbeitskräftemangel als leistungsfeindlich wahrgenommen. Reformen im  
85 Sozialstaat sowie stärkere Leistungsanreize durch Steuersenkungen sind deshalb zwingend  
86 notwendig. Darüber hinaus muss der Arbeitsmarkt modernen Anforderungen angepasst  
87 werden.

88

89 Wir fordern deshalb:

90 1. Abbau monetärer Fehlanreize bei Arbeitsaufnahme und -ausweitung. Die Bürgergeld-  
91 Regelsätze sind im Jahr 2024 überproportional angestiegen. Sie liegen im Jahr 2025 weiter  
92 über dem Bedarf und sollten daher abgesenkt werden. Ebenfalls braucht es eine  
93 Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten, um zusätzliche Impulse für die Arbeitsaufnahme  
94 zu schaffen.

95

96 2. Arbeiten im Alter attraktiver zu machen: Die Zuschläge bei späterem Renteneintritt werden  
97 für einen flexiblen Renteneintritt angepasst.

98

99

100 3. Mehr Flexibilität ermöglichen: Die Arbeitswelt wartet auf ein modernes Arbeitszeitgesetz,  
101 das die herkömmlichen Formen der Arbeit ebenso abbildet wie moderne und zukünftige.  
102 Wir brauchen einen Systemwechsel weg von der starren täglichen hin zu einer flexiblen  
103 wöchentlichen Höchstarbeitszeit. Dies ermöglicht individuell angepasste Arbeitszeitmodelle  
104 wie z. B. Funktionszeit oder Wahl- und Vertrauensarbeitszeit. Außerdem können  
105 Öffnungsklauseln für Ruhezeitregelungen genutzt werden. Unternehmen brauchen ebenso

---

angenommen

abgelehnt

überwiesen

## Antrag

---

106 wie Beschäftigte endlich eine verlässliche Rechtsgrundlage für die Erfassung der Arbeitszeit,  
107 die an die unterschiedlichen Arbeitsplatz- und Arbeitszeitmodelle angepasst ist, Rücksicht  
108 auf die Unternehmensgröße nimmt und nicht zu neuen bürokratischen Hemmnissen und  
109 führen darf.

110

111

112 Begründung

113 Begründung erfolgt mündlich.

---

angenommen

abgelehnt

überwiesen